

Antrag

**der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Stephan Jersch, Cansu Özdemir,
Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Heike Sudmann und Insa Tietjen (DIE LINKE)**

und

**der Abgeordneten Prof. Dr. Götz Wiese, Thilo Kleibauer, Dennis Thering,
David Erkalp, Dr. Anke Frieling, Dennis Gladiator, Eckard Graage,
Andreas Grutzeck, Sandro Kappe, Ralf Niedmers, Richard Seelmaecker,
Silke Seif, Birgit Stöver, André Trepoll (CDU) und Fraktion**

und

der Abgeordneten Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein (fraktionslos (FDP))

und

des Abgeordneten Sami Musa (fraktionslos)

zu Drs. 22/14401

Betr.: Aktenvorlage zur Aufklärung des Zustandekommens und der Konditionen des MSC-Deals

Am 13.9.2023 hat der Senat seine strategische Partnerschaft zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) und der Mediterranean Shipping Company (MSC) bekannt gegeben.

Fünf Monate später, am 13.2.2024, hat der Senat der Bürgerschaft mit Drs. 22/14401 seine Planungen mitgeteilt zur strategischen Partnerschaft zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH), der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV), der Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft (HHLA) und MSC über ihre Tochtergesellschaft SAS Shipping Agencies Services Sàrl (SAS).

Um die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft über Details des Deals in Kenntnis zu setzen, wurde ihnen am 19.2.2024 mitgeteilt, dass ihnen das Vertragswerk sowie das Memorandum of Understanding zugänglich gemacht werden.

Am 27.2.2024, einen Tag vor der Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters zu der Drucksache, wurde noch eine zweite Tranche an Dokumenten bereitgestellt, die die Nichtannahmevereinbarung zwischen Port of Hamburg SE (POH) und HGV sowie die Fairness Opinion der Rothschild & Co Deutschland GmbH umfasst. Weiteres Hintergrundmaterial wie verfügbare Gutachten, die Kommunikation zum Zustandekommen des Deals sowie Material, das die vom Senat in der Drucksache in Aussicht gestellten wirtschaftlichen Prognosen plausibel machen könnte, sind nicht Teil dieser Aktenvorlage. Ebenso fehlen die Anhänge zu den Verträgen.

Um die langfristigen Auswirkungen des geplanten Teilverkaufs der HHLA und der strategischen Partnerschaft mit MSC einschätzen zu können, ist die Einsicht in extern und intern beauftragte Expertise, in alle mit den Vertragswerken in Zusammenhang stehenden Gutachten sowie in die Kommunikation von Behörden und öffentlichen Unternehmen mit dem zukünftigen strategischen Partner jedoch unbedingt notwendig.

Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund gemäß Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

der Bürgerschaft unverzüglich sämtliche Akten, Vorgänge, Telefonnotizen, E-Mails, Vermerke, Verträge, Gutachten, Stellungnahmen und sonstigen Unterlagen sämtlicher Behörden, öffentlichen und privaten Unternehmen sowie Körperschaften öffentlichen Rechts vorzulegen, die im Zusammenhang stehen mit der strategischen Partnerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg mit MSC und dem Verkauf von Anteilen der HHLA. Dies umfasst insbesondere, aber nicht ausschließlich, die folgenden Dokumente:

1. die Kommunikation zur strategischen Partnerschaft zwischen der Finanzbehörde, der Behörde für Wirtschaft und Innovation, dem Senat, der HHLA, der HGV, mit MSC, SAS und der Terminal Investment Limited Sàrl (TIL),
2. den Gesellschaftervertrag der Port of Hamburg SE (POH),
3. sämtliche relevante Kommunikation und Dokumente aus dem Vorstand und dem Aufsichtsrat der HHLA im Zusammenhang mit der gemeinsamen Stellungnahme zum Übernahmeangebot seitens MSC an die Aktionärinnen und Aktionäre,
4. sämtliche vorvertraglichen Vereinbarungen (einschließlich dem Memorandum of Understanding und etwaiger sonstiger vorheriger Vereinbarungen, Nebenabreden, Sideletters et cetera),
5. sämtliche von der Investmentbank Rothschild & Co Deutschland GmbH für die HGV erstellten Bewertungsanalysen,
6. sämtliche weiteren Gutachten, Dokumente und Vermerke, die von oder im Auftrag der HHLA, HGV, Finanzbehörde, Wirtschaftsbehörde oder weiteren städtischen Stellen erstellt wurden und die Informationen zu wirtschaftlichen und juristischen Folgen der strategischen Partnerschaft mit MSC enthalten,
7. Gutachten und Dokumente, aus denen hervorgeht, wie sich die prognostizierte „bessere Ausschüttungsperspektive“ der HHLA begründet und mit welchen Ausschüttungshöhen gerechnet wird,
8. die Kommunikation mit der Europäischen Kommission in dieser Sache.